



Aktuelle Informationen aus dem Parlament

66. NR-Sitzung – Mittwoch, 27. März 2019, 09.00 Uhr

Dringlicher Antrag der SPÖ - Der Staat hat genug Geld, um die Pflege zu finanzieren. Wer Pflege braucht, soll sie bekommen – unabhängig von seinem Einkommen.

Wir dürfen die Menschen mit den Pflegekosten nicht allein lassen!

Der Staat hat genug Geld, um die Pflege zu finanzieren. Die Menschen dürfen nicht durch eine zusätzliche Pflegeversicherung belastet werden. Deshalb Nein zu einer Pflegeversicherung, die die Arbeitnehmer zahlen müssten. Eine solche Versicherung würde jeden 1.400 Euro im Jahr, also über 120 Euro im Monat kosten!

Die SPÖ macht deshalb mit einem Dringlichen Antrag Druck: Wir fordern die schwarzblaue Regierung auf, eine staatliche Pflegegarantie umzusetzen: Wer Pflege braucht, muss sie bekommen.

Die „neue Pflege“ – Der SPÖ-Plan

Der Plan der SPÖ umfasst die Einrichtung österreichweit einheitlicher Pflegeservicestellen, sechs Mrd. Euro für einen Pflegegarantiefonds, die Attraktivierung des Pflegeberufs und einen Anspruch auf Pflegekarenz und Pflegeteilzeit.

Aktuelle Stunde der FPÖ: "Mindestsicherung NEU – mehr Fairness für uns Österreicher statt Zuwanderung in das Sozialsystem"

Regierung schafft Armut, statt sie zu bekämpfen

Maximal 43 Euro pro Monat ab dem dritten Kind – die neue „Sozialhilfe“, mit der die Regierung die Mindestsicherung ersetzen will, ist ein Anschlag auf arme Familien. Die größten Verlierer dieser „Reform“: Kinder. Ab dem dritten Kind soll die Sozialhilfe künftig nur noch 43 Euro pro Monat oder 1,50 Euro pro Tag (!) betragen.

Damit wird Kinderarmut in Österreich erhöht, nicht reduziert.

Eine solche Politik ist nur zynisch: Sich selbst gönnen Kurz und Strache 100 Millionen für Regierungs-Werbung und ihre Büros, einem Kind gönnen sie gerade einmal 1,50 Euro pro Tag!

TAGESORDNUNG

TOP 1: Bericht des Gesundheitsausschusses über das Volksbegehren (434 d.B.) "Don't smoke" (533 d.B.)

ABSTIMMUNGSVERHALTEN: Dafür: S, N, J, dagegen: V, F

Die Unterstützer dieses Volksbegehrens haben die Einleitung eines Verfahrens für ein Volksbegehren mit folgendem Wortlaut beantragt: Volksbegehren „Don't smoke“. Wir fordern aus Gründen eines optimalen Gesundheitsschutzes für alle Österreicherinnen und Österreicher eine bundesverfassungsgesetzliche Regelung für die Beibehaltung der 2015 beschlossenen Novelle zum Nichtrauchererschutzgesetz (Tabakgesetz). Für den Schutz der NichtraucherInnen: 881.692 abgegebene Stimmen.

Botschaft: Wir wollen einen umfassenden NichtraucherInnenschutz und daher eine rauchfreie Gastronomie.

TOP 2: Bericht des Gesundheitsausschusses über die Petition Nr. 1/PET: "DON'T SMOKE, das Nichtrauchererschutzgesetz muss bleiben", überreicht von den Abgeordneten Dr. Pamela Rendi-Wagner, MSc, Mag. Dr. Matthias Strolz und Dr. Peter Kolba (534 d.B.)

ABSTIMMUNGSVERHALTEN: Dafür: S, N, J, dagegen: V, F

ÖVP und FPÖ haben sich bei den Regierungsverhandlungen am 11. Dezember 2017 auf eine Raucherregelung nach "Berliner Modell" geeinigt. Das ab Mai 2018 ursprünglich geplante absolute Rauchverbot in der Gastronomie kam demnach nicht.

TOP 3: Bericht des Gesundheitsausschusses über den Antrag 405/A der Abgeordneten Dr. Pamela Rendi-Wagner, MSc, Mag. Gerald Loacker, Daniela Holzinger-Vogtenhuber, BA, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über das Herstellen und Inverkehrbringen von Tabakerzeugnissen und verwandten Erzeugnissen sowie die Werbung für Tabakerzeugnisse und verwandte Erzeugnisse und den Nichtraucherinnen- bzw. Nichtrauchererschutz (Tabak- und Nichtraucherinnen- bzw. Nichtrauchererschutzgesetz - TNRSG) geändert wird (535 d.B.)

ABSTIMMUNGSVERHALTEN: Antrag auf Kenntnisnahme eines ablehnenden Ausschussberichts - Dafür: V, F, dagegen: S, N, J

Inhalt: Mit diesem Antrag wollen wir eine gesetzliche Klarstellung für eine rauchfreie Gastronomie. Es soll jener gesetzliche Zustand herbeigeführt werden, der eigentlich mit 1.5.2018 hätte in Kraft treten sollen, bevor Schwarz-Blau das Rauchverbot in der Gastronomie gekippt haben.

TOP 4: Bericht des Gesundheitsausschusses über den Antrag 515/A der Abgeordneten Mag. Karin Greiner, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über das Herstellen und Inverkehrbringen von Tabakerzeugnissen und verwandten Erzeugnissen sowie die Werbung für Tabakerzeugnisse und verwandte Erzeugnisse und den Nichtraucherinnen- bzw. Nichtrauchererschutz (Tabak- und Nichtraucherinnen- bzw. Nichtrauchererschutzgesetz - TNRSG) geändert wird (536 d.B.)

ABSTIMMUNGSVERHALTEN: Antrag auf Kenntnisnahme eines ablehnenden Ausschussberichts - Dafür: V, F, dagegen: S, N, J

Inhalt: Rauchverbot auf Spielplätzen.

Beurteilung: Nicht nur Eltern und Kinder beklagen sich über diesen Zustand, sondern auch Gemeinden und Länder, welche diesen Wunsch mangels Kompetenz nicht umsetzen können. Daher ist es erforderlich umgehend diese Gesetzeslücke zu schließen.

Botschaft: Zum Schutz unserer Kinder und Jugendlichen muss auf Spielplätzen ein absolutes Rauchverbot gelten.

TOP 5: Bericht des Gesundheitsausschusses über den Antrag 610/A(E) der Abgeordneten Daniela Holzinger-Vogtenhuber, BA, Kolleginnen und Kollegen betreffend Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Passivrauch (537 d.B.)**ABSTIMMUNGSVERHALTEN: Antrag auf Kenntnisnahme eines ablehnenden Ausschussberichts - Dafür: V, S, F, dagegen: N, J**

Inhalt: „Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, wird aufgefordert, eine bundeseinheitliche Regelung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Passivrauch in gastronomischen Betrieben zu erlassen, in denen weiterhin Räumlichkeiten für Raucherinnen und Raucher angeboten werden.“

Beurteilung: Der Antrag ist zwar weniger weitreichend als ein generelles Rauchverbot, dient aber einem bundesweiten Jugendschutz.

TOP 6: Bericht des Gesundheitsausschusses über den Bericht in Entsprechung der Entschließung des Nationalrates vom 5. Juli 2018 betreffend Liberalisierung von Cannabis zu medizinischen Zwecken, Nr. 27/E XXVI. GP, vorgelegt von der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz (III-233/538 d.B.)**ABSTIMMUNGSVERHALTEN: Dafür: V, F, dagegen: S, N, J**

Inhalt: Der Nationalrat hat am 5. Juli 2018 die *Entschließung Nr. 27/E XXVI.GP betreffend Liberalisierung von Cannabis zu medizinischen Zwecken* beschlossen.

Beurteilung: Der Bericht ist lediglich eine Zusammenfassung der geltenden herrschenden wissenschaftlichen und rechtlichen Situation. Der wesentliche Auftrag des EA an die Bundesministerin wurde *nicht erfüllt*. Es gibt keinerlei Ausführungen über *zukünftige* medizinische, rechtliche, organisatorische und ökonomische Rahmenbedingungen zum Einsatz von cannabis-haltigen Arzneimitteln.

Botschaft: Der medizinische Einsatz von Cannabinoiden soll besser erforscht werden, um den Menschen die wirksamsten Arzneimittel zur Verfügung stellen zu können.

**TOP 7: Bericht des Gesundheitsausschusses über die Regierungsvorlage (503 d.B.):
Bundesgesetz, mit dem das Rezeptpflichtgesetz geändert wird (539 d.B.)****ABSTIMMUNGSVERHALTEN: Dafür: V, S, F, N, J, dagegen: -**

Inhalt: Schaffung der Möglichkeit, die Unterschrift der Ärztin/des Arztes in einem gesicherten Netzwerk einfacher zu gestalten. Wenn ohnedies ein für Gesundheitsdaten sicheres Netz verwendet wird, soll nicht noch zusätzlich eine qualifizierte elektronische Signatur verwendet werden müssen.

**TOP 8: Bericht des Gesundheitsausschusses über den Antrag 646/A(E) der Abgeordneten
Mag. Gerald Locker, Kolleginnen und Kollegen betreffend Maßnahmen gegen die
restriktive Stellenplanungspolitik der Kassen und Ärztekammern (540 d.B.)****ABSTIMMUNGSVERHALTEN: Dafür: V, S, F, dagegen: N, J**

Inhalt: "Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, wird aufgefordert, schnellstmöglich eine Regierungsvorlage vorzulegen, die der restriktiven Stellenplanungs-Politik der Kassen und Ärztekammern in der Form entgegenwirkt, dass Wahlarztkosten zur Gänze mit den Kassen abgerechnet werden können, wenn die Kasse in angemessenem Zeitraum keine kassenärztliche Behandlung im Wohnbezirk gewährleisten kann."

Botschaft: Unser Augenmerk ist darauf gerichtet, dass Kassenstellen besetzt werden und die Bevölkerung ungehinderten Zugang zu Sachleistungen hat.

**TOP 9: Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag 607/A der Abgeordneten
Werner Herbert, Mag. Friedrich Ofenauer, Kolleginnen und Kollegen
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, das
Gehaltsgesetz 1956 und das Vertragsbedienstetengesetz 1948 geändert
werden (Dienstrechts-Novelle 2019) (545 d.B.)****ABSTIMMUNGSVERHALTEN: Dafür: V, F, J, dagegen: S, N**

Inhalt: Bei dem gegenständlichen Antrag der Abgeordneten von FPÖ und ÖVP handelt es sich um eine Trägerrakete, mit welcher voraussichtlich die Bestimmungen über die Generalsekretäre, die bei der letzten Novelle legislativ verhunzt wurden, wieder repariert werden sollen.

Ebenso lehnte die SPÖ schon im Bereich der privaten Arbeitsbereiche die neue Lösung des Karfreitags vehement ab, weshalb auch die Übertragung in das öffentliche Dienstrecht abzulehnen ist.

Botschaft: Klares Nein zu Generalsekretären, klares Nein zur neuen Lösung des Karfreitags zu Gunsten der Wirtschaft und zu Lasten der ArbeitnehmerInnen.

TOP 10: Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag 603/A der Abgeordneten Mag. Wolfgang Gerstl, Mag. Harald Stefan, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Staatsdruckereigesetz 1996 geändert wird (546 d.B.)**ABSTIMMUNGSVERHALTEN: Dafür: V, S, F, N, J, dagegen: -**

Inhalt: Die Regierungsfractionen wollen mit diesem Antrag einem Urteil des EuGH entsprechen, welcher die Republik Österreich verurteilt hat, da sie ohne vorherige europaweite Ausschreibung die Herstellung von Reisepässen mit Chip, Notpässen, Aufenthaltstiteln, Personalausweisen, für Führerscheine im Scheckkartenformat und von Zulassungsbescheinigungen im Chipkartenformat direkt an die österreichische Staatsdruckerei GmbH vergeben hat.

Botschaft: Sicherheit hat Vorrang bei sensiblen Dokumenten.

TOP 11: Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag 604/A der Abgeordneten Mag. Wolfgang Gerstl, Mag. Harald Stefan, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985 geändert wird (547 d.B.)**ABSTIMMUNGSVERHALTEN: Dafür: V, S, F, N, J, dagegen: -**

Inhalt: Mit dem Antrag betreffend Novelle zum Verwaltungsgerichtshofgesetz soll ein Detailproblem einer gesetzlichen Lösung zugeführt werden:

Beurteilung: Sinnvolle Maßnahme, da insbesondere auch die Frauenförderung damit besser umgesetzt werden kann.

Botschaft: Ziel ist, die besten und qualifiziertesten BewerberInnen für die RichterInnenposten am VwGH zu finden.

TOP 12: Bericht des Ausschusses für Menschenrechte über den Antrag 664/A(E) der Abgeordneten Dr. Gudrun Kugler, Dr. Susanne Fürst, Kolleginnen und Kollegen betreffend Verhinderung von Parallelgesellschaften und Radikalisierung (531 d.B.)**ABSTIMMUNGSVERHALTEN: Dafür: V, S, F, N, dagegen: J**

Inhalt: In der vorliegenden EntschlieÙung der Regierungsparteien ÖVP und FPÖ „wird die Bundesregierung ersucht, weiterhin alles in ihrer Macht Stehende zu tun, *um jegliche islamistische Radikalisierung in Österreich vorzubeugen und entgegenzuwirken sowie die Bildung von Parallelgesellschaften zu verhindern.*“

TOP 13: Bericht des Ausschusses für Menschenrechte über den Antrag 605/A(E) der Abgeordneten Dr. Gudrun Kugler, Dr. Susanne Fürst, Kolleginnen und Kollegen betreffend entschlossene Bekämpfung von Schlepperei und Menschenhandel (532 d.B.)**ABSTIMMUNGSVERHALTEN: Dafür: V, S, F, N, J, dagegen: -**

Inhalt: In dieser EntschlieÙung der beiden Regierungsparteien wird die Bundesregierung „*ersucht, auf nationaler und europäischer Ebene die entschlossene Bekämpfung von*

Schlepperei und Menschenhandel und der damit verbundenen irregulären Migration fortzusetzen und durch Präventivmaßnahmen in den Herkunftsländern eine Bewusstseinsbildung voranzutreiben.“

TOP 14: Bericht des Unterrichtsausschusses über den Antrag 620/A der Abgeordneten Mag. Dr. Rudolf Taschner, Wendelin Mölzer, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Schulorganisationsgesetz, das Schulunterrichtsgesetz, das Schulunterrichtsgesetz für Berufstätige, Kollegs und Vorbereitungslehrgänge und das Privatschulgesetz geändert werden (541 d.B.)

ABSTIMMUNGSVERHALTEN: Getrennte Abstimmung (mit wechselnden Mehrheiten (dafür: V, F, J, dagegen: S, N bzw. einstimmig))

Inhalt: *Anpassungen in Hinblick auf Deutschförderklassen und Deutschförderkurse:* Für das Schuljahr 2018/19 wurden noch keine standardisierten Tests für den Aufstieg aus der Deutschförderklasse implementiert. Zur Feststellung des Erreichens der erforderlichen Sprachkompetenz ist laut Gesetzesnovelle nun jedenfalls am Ende eines jeden Semesters ein standardisiertes Testverfahren durchzuführen. Dies gilt auch für das vorzeitige Beenden der Deutschförderkurse. Um dieses Erreichen oder Nichterreichen feststellen zu können, werden ebenfalls standardisierte Tests am Ende jeden Semesters durchgeführt. Auf Anregung der LehrerInnen oder SchulleiterInnen kann das Testverfahren auch zu einem früheren Zeitpunkt stattfinden.

Übergangsrecht bezüglich Reform der Reifeprüfung betreffend Mathematik: Geplante Änderungen und Weiterentwicklung der Klausurprüfungen in Mathematik sollen bereits ab dem Haupttermin 2019 zur Anwendung kommen. Auch KandidatInnen, die bereits vor dem Haupttermin 2019 angetreten sind, sollen der neuen Prüfungsmodalität unterliegen.

Botschaft: Wir teilen die Einschätzung der ExpertInnen: mit den Deutschförderklassen werden weder bessere Sprachergebnisse, noch bessere Integration von SchülerInnen gelingen. Wir fordern als Sofortmaßnahme Verdopplung der SprachförderlehrerInnen.

TOP 15: Bericht des Unterrichtsausschusses über den Antrag 649/A(E) der Abgeordneten Douglas Hoyos-Trauttmansdorff, Kolleginnen und Kollegen betreffend arbeitslos gewordene AMS TrainerInnen (542 d.B.)

ABSTIMMUNGSVERHALTEN: Dafür: V, S, F, N, J, dagegen: -

Inhalt: Die NEOS fordern eine Überprüfung, ob der Einsatz von arbeitslos gewordenen AMS-TrainerInnen an Schulen mit besonders großen Herausforderungen prinzipiell möglich wäre und ob durch die 'stiftungsähnlichen Maßnahmen' dafür auch budgetäre Mittel zur Verfügung stehen würden.

Botschaft: Der Bildungsminister hat bis heute kein Konzept vorgelegt, wie wir die Situation an Schulen mit besonderen Herausforderungen verbessern können.

TOP 16: Bericht des Unterrichtsausschusses über den Antrag 656/A(E) der Abgeordneten Stephanie Cox, BA, Kolleginnen und Kollegen betreffend geschlechtersensible Pädagogik im Elementarbereich und in der frühkindlichen Erziehung (543 d.B.)

ABSTIMMUNGSVERHALTEN: Dafür: V, F, dagegen: S, N, J

Inhalt: Die Liste JETZT fordert in ihrem Antrag drei Maßnahmen betreffend die Verankerung und Implementierung der geschlechtersensiblen Pädagogik in der Elementarpädagogik umzusetzen.

TOP 17: Bericht des Rechnungshofausschusses über den Antrag 561/A der Abgeordneten Gabriela Schwarz, Dr. Brigitte Povysil, Kolleginnen und Kollegen gemäß § 99 Abs. 1 GOG auf Beauftragung des Rechnungshofes mit der Durchführung eines besonderen Aktes der Gebarungsprüfung hinsichtlich Ressortführung des Gesundheitsministeriums in der XXIV und XXV Gesetzgebungsperiode in den Jahren 2009 bis 2017 durch SPÖ-Gesundheitsminister (517 d.B.)

ABSTIMMUNGSVERHALTEN: Dafür: V, F, dagegen: S, N, J

Inhalt: Der vorliegende Antrag wurde ebenfalls am 13. März 2019 im RH-Ausschuss debattiert.

Die von den beiden Gesundheitssprecherinnen der Regierungsfractionen am 29. Jänner 2019 eingebrachte Sonderprüfung des Gesundheitsministeriums für die XXIV. und XXV. Gesetzgebungsperiode ist ein *Mehrheitsantrag* nach § 99 Abs. 1 GOG-NR und wurde dem RH-Ausschuss zur Diskussion und Abstimmung zugewiesen.

TOP 18: Bericht des Rechnungshofausschusses über den Tätigkeitsbericht 2018 des Rechnungshofes – Reihe BUND 2018/67 (III-228/515 d.B.)

ABSTIMMUNGSVERHALTEN: Dafür: V, S, F, N, J, dagegen: -

1) Arbeitsschwerpunkte des Rechnungshofes

Strategische Neuausrichtung, neue Strategie für die nächsten zehn Jahre unter dem Motto „Wir prüfen unabhängig und objektiv für Sie“.

2) Prüfen–Berichten–Behandeln

Dem Nationalrat legte der Rechnungshof im Jahr 2018 insgesamt *66 Berichte*, den Bundesrechnungsabschluss 2017 sowie den Einkommensbericht und den Tätigkeitsbericht vor. 10 Sitzungen des Rechnungshofausschusses fanden im Berichtsjahr statt.

3) Nachfrageverfahren

Im Zuge des Nachfrageverfahrens wird die Umsetzung der Empfehlungen des Rechnungshofes bei den geprüften Institutionen hinterfragt. Der Umsetzungsgrad liegt auch 2018, wie in den Jahren zuvor bei *knapp 80%* (genau bei 79%).

4) Sonderaufgaben

Bundesrechnungsabschluss, Einkommensbericht und Einkommenserhebung, Gutachten gemäß Stabilitätspakt, Mitwirkung bei der Finanzschuldenbegründung, Parteiengesetz, Bundespräsidenten-Wahlgesetz, Medientransparenzgesetz, Unvereinbarkeits- und Transparenzgesetz, Anpassungsfaktor für Politikergehälter

5) Organisation des Rechnungshofes

Dem RH wurde im Jahr 2018 eine neue Organisationsstruktur auf Anregung der Präsidentin gegeben. Der derzeitige *Personalstand* beträgt 312 *Bedienstete*, davon sind 81,3 % PrüferInnen. Das Personal setzt sich aus 152 Frauen (48,7%) und 160 Männer (51,3%) zusammen. Der *Akademikeranteil* im Prüfdienst beträgt 83,5%.

TOP 19: Bericht des Rechnungshofausschusses über den Bericht des Rechnungshofes betreffend Allgemeiner Einkommensbericht 2018 – Reihe Einkommen 2018/1 (III-223/516 d.B.)

ABSTIMMUNGSVERHALTEN: Dafür: V, S, F, N, J, dagegen: -

Inhalt: Der alle zwei Jahre im Dezember veröffentlichte allgemeine Einkommensbericht stellt, in Zusammenarbeit mit der Statistik Austria, die Einkommen aller unselbstständigen und selbstständigen Erwerbstätigen, Beamten sowie Pensionisten dar.

Botschaft: Forderung nach einem Lohntransparenzgesetz, gesetzlicher Anrechnung der Karenzzeiten und verstärktem Ausbau der Kinderbetreuung

TOP 20: Bericht des Rechnungshofausschusses über den Bericht des Rechnungshofes betreffend Inklusiver Unterricht: Was leistet Österreichs Schulsystem? – Reihe BUND 2019/4 (III-242/550 d.B.)

ABSTIMMUNGSVERHALTEN: Dafür: V, S, F, N, J, dagegen: -

Inhalt: Der vorliegende Bericht wurde am 21. März 2019 mit BM Faßmann und den Auskunftspersonen: Dr. Werner *Mayr* (Bildungsdirektor Tirol), Dr. Dagmar *Zöhrer* (Bildungsdirektorin Kärnten) im RH-Ausschuss debattiert.

Botschaft: Regierung wird aufgefordert, die erfolgreiche Inklusionspolitik im Bildungsbereich fortzusetzen.

TOP 21: Bericht des Rechnungshofausschusses über den Bericht des Rechnungshofes betreffend IT-Betreuung an Schulen – Reihe BUND 2018/47 (III-188/551 d.B.)

ABSTIMMUNGSVERHALTEN: Dafür: V, S, F, N, J, dagegen: -

Inhalt: Der RH überprüfte von November 2016 bis März 2017 österreichweit die Betreuung der im Unterricht verwendeten IT-Ausstattung an öffentlichen Schulen.

Beurteilung: Im Schuljahr 2014/15 wurde die IT-Betreuung NEU eingeführt. Damit übernahm fachlich ausgebildetes Verwaltungspersonal – österreichweit 128 Planstellen – als IT-SystembetreuerInnen die Routinetätigkeiten im Bereich der Hardware und Systembetreuung für jeweils mehrere Bundesschulstandorte. Damit wurde laut RH eine zweckmäßige Lösung für die Betreuung der IT-Ausstattung geschaffen und das Lehrpersonal von technischen Routinetätigkeiten entlastet. Insgesamt ergaben sich durch diese Umstellung der IT-Betreuung Einsparungen von 1,79 Mio. €. Noch in der SP-Regierungszeit wurden zahlreiche Projekte und Programme zum e-Learning und „Mobile Learning“ gestartet sowie, entgegen der Annahme des RH, ein gesamtösterreichischer Überblick über die IT-Ausstattung an den

Schulen erarbeitet. BM Faßmann braucht die unter SP-Regierungsverantwortung gestarteten erfolgreichen Maßnahmen und Projekte nur fortführen.

TOP 22: Bericht des Rechnungshofausschusses über den Bericht des Rechnungshofes betreffend Schulversuche; Follow-up-Überprüfung – Reihe BUND 2018/49 (III-191/552 d.B.)

ABSTIMMUNGSVERHALTEN: Dafür: V, S, F, N, J, dagegen: -

Inhalt: Der RH überprüfte die Umsetzung ausgewählter Empfehlungen, die er bei der vorangegangenen Gebarungsüberprüfung „Schulversuche“ gegenüber dem Bundesministerium für Bildung abgegeben hatte.

Botschaft: RH bestätigt erfolgreiche Reduzierung der Schulversuche um 75% während SP-Regierungszeit.

TOP 23: Bericht des Rechnungshofausschusses über den Bericht des Rechnungshofes betreffend Schulstandortkonzepte/-festlegungen im Bereich der allgemeinbildenden Pflichtschulen in den Ländern Oberösterreich und Steiermark; Follow-up-Überprüfung - Reihe BUND 2017/41 (III-41/553 d.B.)

ABSTIMMUNGSVERHALTEN: Dafür: V, S, F, N, J, dagegen: -

Botschaft: Verstärkter Ausbau ganztägiger Schulformen dringend geboten!

TOP 24: Bericht des Rechnungshofausschusses über den Bericht des Rechnungshofes betreffend Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung; Follow-up-Überprüfung - Reihe BUND 2017/43 (III-43/554 d.B.)

ABSTIMMUNGSVERHALTEN: Dafür: V, S, F, N, J, dagegen: -

Inhalt: Die Nationalstiftung setzte von 21 Empfehlungen 16 um, 2 wurden teilweise und 2 nicht umgesetzt. Bei einer Empfehlung lag kein Anwendungsfall vor. Insgesamt fällt der Bericht positiv aus.

TOP 25: Bericht des Rechnungshofausschusses über den Bericht des Rechnungshofes betreffend Technische Universität Wien – Finanzsituation; Follow-up-Überprüfung – Reihe BUND 2018/28 (III-139/555 d.B.)

ABSTIMMUNGSVERHALTEN: Dafür: V, S, F, N, J, dagegen: -

Inhalt: Von insgesamt 19 Empfehlungen wurden 11 vollständig, 5 teilweise und 2 nicht umgesetzt. Bei einer Empfehlung war kein Anwendungsfall gegeben.

TOP 26: Bericht des Rechnungshofausschusses über den Bericht des Rechnungshofes betreffend Beteiligungen von Universitäten an Unternehmen; Medizinische Universität Wien und Universität Linz – Reihe BUND 2018/53 (III-199/556 d.B.)

ABSTIMMUNGSVERHALTEN: Dafür: V, S, F, N, J, dagegen: -

TOP 27: Erste Lesung: Antrag der Abgeordneten Dr. Alfred J. Noll, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz über den Zugang zu Informationen (Informationsfreiheitsgesetz - IFG) (631/A)

Keine ABSTIMMUNG

TOP 28: Erste Lesung: Antrag der Abgeordneten Dr. Alfred J. Noll, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundesverfassungsgesetz (B-VG) geändert wird. (632/A)

Keine ABSTIMMUNG

Inhalt: Bei den beiden Vorlagen handelt es sich um die Umsetzung der Informationsfreiheit, wobei einerseits Grundlagen im B-VG geschaffen werden und andererseits ein Informationsfreiheitsgesetz vorgelegt wird

68. NR-Sitzung – Donnerstag, 28. März 2019

Fragestunde an die Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort

Erklärung von Innenminister Kickl

Unter Schwarz-Blau blüht der Rechtsextremismus in Österreich wieder auf. Kickl versagt auf der ganzen Linie, die ÖVP und Sebastian Kurz schauen zu.

Nach jüngsten Informationen über Verbindungen zwischen dem rechtsextremen Christchurch-Attentäter und den Identitären in Österreich, ist klar: Es gibt ein massives Problem mit rechtsextremen Netzwerken – in Europa und auch in Österreich.

Es braucht endlich volle Aufklärung über diese Verbindungen und Netzwerke und darüber, ob diese in den Sicherheitsapparat hineinreichen.

Aufklärungswürdig sind auch Kontakte und Verbindungen zwischen FPÖ-Politikern und Identitären.

Deshalb hat die SPÖ auch die Sitzung des geheimen Unterausschusses des Innenausschusses sowie des Nationalen Sicherheitsrats initiiert.

Die SPÖ fordert in 2 Entschließungsanträgen:

- Eine Sonderkommission betreffend rechtsextremistischen Terror in Österreich.
- Wiedereinführung des jährlichen Rechtsextremismusberichts (von Schwarz-Blau abgeschafft)

TAGESORDNUNG

TOP 1: Erklärung des Bundesministers für Inneres gemäß § 19 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Nationalrates zum Thema "Die aktuelle Situation vor dem Hintergrund des Terroranschlags in Neuseeland"

TOP 2: Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie und Energie über die Regierungsvorlage (478 d.B.): Bundesgesetz über Ziviltechniker (Ziviltechnikergesetz 2019 – ZTG 2019) (530 d.B.)**ABSTIMMUNGSVERHALTEN: Dafür: V, S, F, N, J, dagegen: -**

Inhalt: Das Ziviltechnikergesetz 1993 und das Ziviltechnikerkammergesetz 1993 werden in einem gemeinsamen Bundesgesetz 2019 (ZTG 2019) zusammengefasst. Die Regelungen über die praktische Bestätigung wurden liberalisiert, sowie Erleichterungen hinsichtlich der Berufsausübung geschaffen.

TOP 3: Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Bericht der Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus betreffend Jahresvorschau 2019 auf Grundlage des Legislativ- und Arbeitsprogrammes der Europäischen Kommission sowie des Achtzehnmonatsprogrammes des Rates (III-258/527 d.B.)**ABSTIMMUNGSVERHALTEN: Dafür: V, F, N, dagegen: S, J****Siehe Bereich REDE!**

Botschaft: Glyphosat muss endlich verboten werden - BM Köstinger darf nicht mehr zuwarten! Köstinger muss sich bei den GAP – Verhandlungen für eine effektive Reduktion der chemisch-synthetischen Pestizide und mehr Tierschutz einsetzen. Die GAP muss außerdem gegen das Höfesterben und unnötige Geldgeschenke für Agrarkonzerne effektiv eingesetzt werden! Eine Mittelverwendung, die allen Menschen im ländlichen Raum zu Gute kommt, ist dringend notwendig - soziale und digitale Infrastruktur, die Investitionen in Mobilität zählen dazu.

TOP 4: Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag 662/A(E) der Abgeordneten Dipl.-Ing. Karin Doppelbauer, Dipl.-Ing. Georg Strasser, Maximilian Linder, Kolleginnen und Kollegen betreffend Agrarmärkte und regionale Produktion (528 d.B.)**ABSTIMMUNGSVERHALTEN: Dafür: V, S, F, N, dagegen: J**

Inhalt: Mit diesem Antrag der Neos und der Regierungsfractionen soll die Bundesregierung - insbesondere die Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus – ersucht werden, die Wichtigkeit des Handels mit Agrarprodukten für die österreichische Landwirtschaft, Lebensmittelwirtschaft und die Ernährungssicherheit hervorstreichend.

Zu diesem Ausschussbericht wurde ein eigener Entschließungsantrag eingebracht.

TOP 5: Bericht des Außenpolitischen Ausschusses über den Bericht der Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres über das EU-Arbeitsprogramm 2019 (III-251/524 d.B.)**ABSTIMMUNGSVERHALTEN: Dafür: V, F, N, J, dagegen: S**

Inhalt: Der Bericht gibt eine Vorschau auf die wichtigsten EU-Themen, die im Jahr 2019 in der Europa-, Außen- und Sicherheitspolitik zu behandeln sind.

Botschaft: Wir fordern eine aktivere Europapolitik der Bundesregierung, insbesondere für die Interessen der ArbeitnehmerInnen. Die Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping soll mit Nachdruck betrieben werden.

TOP 6: Bericht des Außenpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage (441 d.B.): Handelsübereinkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Kolumbien und Peru andererseits (518 d.B.)

ABSTIMMUNGSVERHALTEN: Dafür: V, F, N, dagegen: S, J

Inhalt: Mit dem vorliegenden Handelsübereinkommen wird eine Freihandelszone geschaffen. Es sieht die Beseitigung hoher Zölle, den Abbau technischer Handelshemmnisse und die Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte vor.

Botschaft: Die Handelspolitik der EU sollte einen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung und damit auch zu mehr Frieden und Stabilität leisten. Menschenrechte, Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards müssen respektiert werden. Das Freihandelsabkommen mit den Andenstaaten leistet dazu keinen Beitrag.

TOP 7: Bericht des Außenpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage (436 d.B.): Beitrittsprotokoll zum Handelsübereinkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Kolumbien und Peru andererseits betreffend den Beitritt Ecuadors (519 d.B.)

ABSTIMMUNGSVERHALTEN: Dafür: V, F, N, dagegen: S, J

Inhalt: Das Handelsübereinkommen der EU mit Kolumbien und Peru wird bereits seit 2013 vorläufig angewendet.

TOP 8: Bericht des Außenpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage (504 d.B.): Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Zentralamerika andererseits (520 d.B.)

ABSTIMMUNGSVERHALTEN: Dafür: V, F, N, dagegen: S, J

Inhalt: Zwischen der EU und Zentralamerika (Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panama) besteht derzeit ein Abkommen über politischen Dialog und Zusammenarbeit aus dem Jahr 2003. Das vorliegende Assoziationsabkommen soll dieses Abkommen ersetzen und die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen vertiefen.

TOP 9: Bericht des Außenpolitischen Ausschusses über den Antrag 432/A(E) der Abgeordneten Dr. Reinhold Lopatka, Mag. Andreas Schieder, Mag. Roman Haider, Dr. Stephanie Krisper, Dr. Alma Zadić, LL.M., Kolleginnen und Kollegen betreffend die aktuelle politische Situation in Venezuela (525 d.B.)

ABSTIMMUNGSVERHALTEN: Dafür: V, S, F, N, J, dagegen: -

Inhalt: Der von allen Fraktionen unterstützte Entschließungsantrag wurde bereits im Oktober 2018 erstellt.

**TOP 10: Bericht des Außenpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage (330 d.B.):
Abkommen über eine strategische Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und
ihren Mitgliedstaaten einerseits und Kanada andererseits
(521 d.B.)**

ABSTIMMUNGSVERHALTEN: Dafür: V, S, F, N, J, dagegen: -

Inhalt: Zeitgleich zum Freihandelsabkommen CETA haben die EU und Kanada das vorliegende Abkommen über eine strategische Partnerschaft verhandelt. Sein Ziel ist eine Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der EU und Kanada insbesondere auch in außenpolitischen und sicherheitspolitischen Fragen.

**TOP 11: Bericht des Außenpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage (283 d.B.):
Abkommen über eine strategische Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und
ihren Mitgliedstaaten einerseits und Japan andererseits (522 d.B.)**

ABSTIMMUNGSVERHALTEN: Dafür: V, S, F, N, J, dagegen: -

Inhalt: Auch im Fall von Japan wurde zeitgleich ein Handelsabkommen und ein Abkommen für eine strategische Partnerschaft verhandelt. Das Ziel des vorliegenden, ersten bilateralen Rahmenabkommens zwischen der EU und Japan ist es, die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Japan zu intensivieren.

**TOP 12: Bericht des Außenpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage (475 d.B.):
Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Union und ihren
Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Singapur
andererseits (523 d.B.)**

ABSTIMMUNGSVERHALTEN: Dafür: V, F, N, dagegen: S, J

Inhalt: Die Beziehungen zwischen der EU und Singapur basierten bisher auf dem EU-ASEAN Kooperationsabkommen von 1980. Nun wurde seitens der EU mit Singapur ein Freihandelsabkommen und ein Investitionsschutzabkommen abgeschlossen.

Botschaft: Wir fordern, dass komplexe Abkommen mit Drittstaaten in ihrer Gesamtheit, einschließlich der Handelsabkommen, von nationalen Parlamenten zu ratifizieren sind. Das vorliegende Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Singapur lehnen wir auf Grund der Kritik am Freihandelsabkommen ab.

**TOP 13: Bericht des Außenpolitischen Ausschusses über den Antrag 626/A(E) der
Abgeordneten Mag. Andreas Schieder, Kolleginnen und Kollegen betreffend das Ende des
INF-Vertrags verhindern (526 d.B.)**

ABSTIMMUNGSVERHALTEN: Dafür: V, S, F, N, J, dagegen: -

Inhalt: Das nukleare Wettrüsten in der Zeit des Kalten Krieges hat insbesondere auch die Sicherheit Europas massiv gefährdet. Mit dem INF-Vertrag, der 1987 zwischen den USA und der Sowjetunion geschlossen wurde, konnte ein richtungsweisender Schritt für Abrüstung und Rüstungskontrolle gesetzt werden.

Botschaft: Wir fordern die Bundesregierung auf, endlich Initiativen und Maßnahmen gegen ein neuerliches nukleares Wettrüsten auf Kosten von Frieden und Sicherheit in Europa zu setzen.

TOP 14: Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag 619/A der Abgeordneten Mag. Wolfgang Gerstl, Mag. Harald Stefan, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Parteiengesetz 2012 sowie das Parteien-Förderungs-gesetz 2012 geändert werden (548 d.B.)

ABSTIMMUNGSVERHALTEN: Dafür: V, F, dagegen: S, N, J

Inhalt: Der Antrag der Regierungsfractionen beinhaltet eine Änderung des Parteiengesetzes 2012 sowie des Parteien-Förderungs-gesetzes 2012. Die bisherige Systematik sah vor, dass eine Valorisierung dann vorgenommen wird, wenn der Index eine Veränderung um mehr als 5% erfahren hat.

Botschaft: Die Regierung bricht ihre Versprechen, keine Gespräche mit der Opposition, keine Begrenzung von Spenden, keine wirksamen Sanktionen bei der Überschreitung der Wahlkampfkostenobergrenze.

TOP 15: Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag 19/A der Abgeordneten Mag. Dr. Matthias Strolz, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundes(verfassungs)-gesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Finanzierung politischer Parteien (Parteiengesetz 2012 - PartG) und das Bundesgesetz über Förderungen des Bundes für politische Parteien (Parteien-Förderungs-gesetz 2012 - PartFörG) geändert wird (549 d.B.)

ABSTIMMUNGSVERHALTEN: Dafür: V, S, F, dagegen: N, J

Der Antrag der NEOS sieht einen gänzlichen Entfall der Valorisierungsregeln vor und fand keine Mehrheit im Ausschuss.

TOP 16: Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen der Staatsanwaltschaft Wien, GZ. 504 St 208/18m, um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Johann GUDENUS, M.A.I.S. (... d.B.)

ABSTIMMUNGSVERHALTEN: Dafür: V, F, J, dagegen: S, N

Inhalt: Die Staatsanwaltschaft Wien führt gegen den Abg. Gudenus auf Grund einer Anzeige der NEOS ein Verfahren wegen Verhetzung. Grund dafür ist das „Ali-Video“, das auf der Facebook-Seite von Abg. Gudenus am 13.11.2018 gepostet wurde. In diesem Video von FPÖ-TV wird mit gezeichneten, stereotypen Darstellungen von zwei muslimischen Männern („Ali“ und „Mustafa“) erklärt, dass auf Grund der neuen Verpflichtung zu einem Foto auf der e-card angeblicher Sozialmissbrauch eingedämmt wird. Die Staatsanwaltschaft Wien geht selbst davon aus, dass der Sachverhalt in konkretem Zusammenhang mit der politischen Tätigkeit des Abg. Gudenus steht.

REDE

TOP 3: Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Bericht der Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus betreffend Jahresvorschau 2019 auf Grundlage des Legislativ- und Arbeitsprogrammes der Europäischen Kommission sowie des Achtzehnmonatsprogrammes des Rates (III-258/527 d.B.)

Abgeordneter Erwin Preiner (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Frau Ministerin! Kolleginnen und Kollegen! (Der Redner stellt eine Tafel mit zwei an Verkehrszeichen erinnernden Schildern aufs Rednerpult. Das rot hinterlegte trägt die Aufschrift „Stop Glyphosat“, das grün hinterlegte „Start Bio-Wende“.) Ich möchte vorweg sehr herzlich allen Landwirten für ihre Arbeitsleistung zur Sicherung der Lebensmittelversorgung in Österreich danken. – Ein herzliches Dankeschön!

Wir debattieren jetzt den Bericht Jahresvorschau 2019 des Landwirtschaftsministeriums beziehungsweise auch die Achtzehnmonatsvorschau der Europäischen Union. Es ist mir persönlich sehr wichtig, dass es die SPÖ war, die im letzten Landwirtschaftsausschuss die Initiative gesetzt hat, dass diese Berichte hier im Plenum debattiert werden. Es geht meiner Meinung nach um sehr wichtige Inhalte, weil auch die Ernährungssicherheit in Österreich gewährleistet sein muss. Hier bietet das Programm der EU eigentlich ein sehr breites Feld, das vom Landwirtschaftsministerium leider nicht so gesehen und genutzt wird.

Worum geht es? – Ich spreche einige Ziele des Achtzehnmonatsprogramms an: Versorgungssicherheit der Bevölkerung, Vernichtung der biologischen Vielfalt stoppen. Wesentlich ist natürlich auch, dass im Rahmen der GAP die Möglichkeit besteht, Mittel von der ersten Säule – Direktzahlungen an Großagrарarier, an die Großindustrie, an Großbauern – in die zweite Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik – ländliche Entwicklung – zu transferieren, wovon die kleinen Landwirte, die Biolandwirte aber auch die Direktvermarkter eigentlich sehr viel mehr haben, weil so die Versorgungssicherheit und auch die Finanzierung dieser kleinbäuerlichen Familienbetriebe nachhaltig gesichert wird. Es heißt aber im Bericht seitens des Landwirtschaftsministeriums ganz klar Nein dazu. Auch den Transfer in die 2. Säule wird es im Jahr 2020 nicht geben. Ich halte das für falsch und für den nicht richtigen Weg, und da schlägt der Bauernbund auch in die falsche Kerbe.

Kolleginnen und Kollegen! Kollege Strasser hat vor geraumer Zeit öffentlich gemeint, es ist doch sehr schlecht, dass Bauernhöfe zusperren, dass Höfe geschlossen werden, dass bäuerliche Familienbetriebe sich aus der Agrarproduktion verabschieden müssen. Herr Kollege, ich unterstütze das! Du hast mit dieser Analyse vollkommen recht gehabt, aber man muss auch hinterfragen, wie es dazu gekommen ist. Klar ist, dass die ÖVP seit 1986 – seit

über drei Jahrzehnten – die Verantwortung im Bereich Landwirtschaft hat, die Landwirtschaftsminister stellt, die allesamt aus dem Bereich des Bauernbundes gekommen sind. Aus meiner Sicht der Dinge bejammert sich hier die ÖVP also selbst.

Des Weiteren heißt es im Achtzehnmonatsprogramm der EU: Zustand der Biodiversität verbessern. Auch das ist ein Schlagwort, das die Frau Nachhaltigkeitsministerin und der Bauernbund nicht hören wollen. Die Pestizidreduktion ist für sie ebenso ein Reizthema. Ich kann das natürlich auch entsprechend belegen. Bereits aus dem Dezember 2017 liegt ein Entschließungsantrag von Kollegen der ÖVP und FPÖ zur Reduktion von Pestiziden vor, der aber nicht einmal den Weg in den Landwirtschaftsausschuss gefunden hat. Laut Parlamentskorrespondenz, Frau Ministerin, haben Sie im Mai 2018 eine Studie zum schrittweisen Ausstieg aus Glyphosat angekündigt. Bis dato ist nichts passiert, es wurde Ihrerseits überhaupt keine entsprechende Aktivität gesetzt. Wir kennen keine Ergebnisse, und das ist schlecht. Auch Kollege Schieder hat das bereits angesprochen.

Ich sage Ihnen, wenn es keine Biowende gibt, dann stirbt die Landwirtschaft, weil die Insekten zum Großteil für die Bestäubung von Kulturpflanzen verantwortlich sind. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte daher seitens der SPÖ folgenden Antrag einbringen:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Preiner, Kolleginnen und Kollegen betreffend „gerechtere Verteilung der EU-Fördermittel und Stärkung der Bio-Landwirtschaft“

Link zum E-Antrag:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/UEA/UEA_00168/imfname_743507.pdf

Hier geht das Burgenland mit gutem Beispiel voran, und der ehemalige ÖVP-Präsident der Landwirtschaftskammer Burgenland ist auch Biobotschafter in der Region. Das ist der richtige Weg! Ich hoffe auf breite Zustimmung zu diesem Entschließungsantrag. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ.)

Parlamentarische ANFRAGEN

- 28.3.2019 - **Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Erwin Preiner, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus betreffend AKW Mochovce / Blöcke 3 und 4**

Trotz zahlreicher Berichte über grobe Mängel und massiven Unzulänglichkeiten, sollen die neuen Reaktorblöcke 3 und 4 des Atomkraftwerks Mochovce in den kommenden Monaten in Betrieb gehen. Reaktor 3 bereits im Sommer 2019.

LINK ZUR ANFRAGE – VOLLTEXT:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/J/J_03200/imfname_743084.pdf

PRESSEMELDUNGEN

OTS

28.03.2019

[Nationalrat – Preiner: „Wenn keine Biowende kommt, stirbt die Landwirtschaft“](#)

Zum Programm der EU für 2019 im Bereich Landwirtschaft hält SPÖ-Landwirtschaftssprecher Erwin Preiner heute, Donnerstag, im Nationalrat fest: „Die Ziele des Programms, wie Versorgungssicherheit der ...

25.03.2019

[Preiner: ÖVP verharmlost Pestizideinsatz in der Landwirtschaft](#)

SPÖ-Agrarsprecher fordert: „Weg mit dem Gift – Bio-Wende jetzt“

15.03.2019

[Preiner: „Netzwerk Kulinarik“ – ein Menü aus Ungereimtheiten und Versäumnissen](#)

SPÖ kritisiert Landwirtschaftsministerium: „24,9 Millionen Euro wofür?“

14.03.2019

[Preiner: Kein Gift auf unseren Feldern, kein Gift auf unseren Tellern!](#)

SPÖ bringt heute im Ausschuss zahlreiche Anträge für umfassendes Insektenschutz-Gesetz ein

08.03.2019

[Preiner begrüßt Urteil des EU-Gerichts: Glyphosat muss von Bundesregierung endlich ernst genommen werden!](#)

SPÖ für bundesweites Glyphosat-Verbot – Schutz unserer Gesundheit und Umwelt wichtiger als Gewinninteressen der Agrarkonzerne

FACEBOOK: <https://www.facebook.com/preinererwin/>

22.3.2019



WELTWASSTERTAG! - NEIN zur Privatisierung der Daseinsvorsorge – KEIN Ausverkauf des Wassers.

Ins Leben gerufen wurde der Weltwassertag 1993 von der UNESCO mit dem Ziel, auf die Bedeutung des Wassers für den Menschen aufmerksam zu machen. Seit 2010 ist das Recht auf Zugang zu sauberem Trinkwasser in den Menschenrechten verankert. Wasser ist das Lebensmittel Nr. 1, das durch nichts

ersetzt werden kann. Die Versorgung der Bevölkerung mit gesundem Trinkwasser ist für Leben und Gesundheit unabdingbar, der Zugang zu sauberem Wasser ist lebensnotwendig. Bestrebungen, wonach Wasser dem freien Markt zugänglich gemacht werden soll, lehne ich strikt ab.

Link zur Petition:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/PET/PET_00012/index.shtml#tab-Uebersicht

14.3.2019



„Netzwerk Kulinarik“ - ein Menü aus Ungereimtheiten und Versäumnissen - 10,5 Millionen Euro wofür?

Es ist gut und richtig, wenn vor allem kleinere bäuerliche Familienbetriebe die Chance haben, sich zu vernetzen. Die gegenseitige Unterstützung und die der Politik ist wichtig, damit die kleinen Familienbetriebe ihre Produkte erfolgreich verkaufen können. Anders geht es aber offenbar beim „Netzwerk Kulinarik“ zu. Die Verquickung zwischen Landwirtschaftsministerium und der AMA-Marketing GmbH ist fragwürdig.

Das „Netzwerk Kulinarik“ verfügt über ein Gesamtvolumen von 10,5 Millionen Euro. Wobei nicht erkennbar ist, wofür diese 10,5 Millionen Euro ausgegeben werden. Transparenz und begleitendes Controlling bei Vergabe und Durchführung sind hier gefordert.

Fragen drängen sich rund um das Netzwerk Kulinarik auf. Wie kooperiert die AMA-Marketing mit dem Netzwerk Kulinarik und wie viel Geld fließt von der AMA-Marketing zum Netzwerk Kulinarik? Gibt es außer der AMA-Marketing noch andere juristische Personen, die das Netzwerk Kulinarik bilden? Wie viel Budget hatte das Netzwerk Kulinarik im Jahr 2017 und im Jahr 2018?

Am 16.1.2019 im Ausschuss von mir gestellte Fragen blieben unter Verweis auf Verschriftlichung bis heute ohne Antworten. Ministerin Köstinger auf meine Nachfrage, wie lange sie für die Beantwortung braucht: „So lange, wie das Ministerium zur Beantwortung braucht“.

Schlechter Stil der Regierung im Umgang mit dem Parlament.

14.3.2019



Kein Gift auf unseren Feldern, kein Gift auf unseren Tellern!

Wir bringen heute im Ausschuss zahlreiche Anträge für umfassendes Insektenschutz-Gesetz ein

Glyphosat wurde von der WHO als wahrscheinlich krebserregend für den Menschen eingestuft. Das Nervengift Chlorpyrifos, eingesetzt als Organophosphat-Insektizid, darf seit 2009 in Deutschland in keinem Präparat mehr vertrieben werden. 2012 wurde eine amerikanische Studie bekannt, die aufzeigte, dass dieses Mittel in die Entwicklung von Ungeborenen eingreift und dabei wichtige Bereiche der Großhirnrinde schrumpfen können, was auf später eingeschränkte geistige Leistungen der Kinder schließen lässt. Müssen wir mehr wissen, um zu handeln?

Wir diskutieren heute im Ausschuss zahlreiche SPÖ-Anträge, die die Verbesserung des Ökosystemzustandes für Insekten durch ein umfassendes Insektenschutz-Gesetz fordern, sowie eine wesentliche Einschränkung aller Neonikotinoide, das sofortige Verbot des Inverkehrbringens von Pflanzenschutzmitteln mit dem Wirkstoff Glyphosat und das sofortige Verbot des Inverkehrbringens von Pflanzenschutzmitteln mit dem Nervengift Chlorpyrifos.

Nicht nur der Mensch, auch Bienen, andere Insekten und Vögel leiden unter den Einwirkungen des Pestizideinsatzes massiv. Der Zusammenhang der Existenz von Bestäubern mit der Versorgung des Menschen mit Nahrungsmitteln ist klar und muss uns allen ein Anliegen sein, damit auch nachfolgende Generationen eine intakte Umwelt vorfinden und die Versorgung mit ausreichenden und gesunden Lebensmitteln nicht in Frage gestellt ist.

Eine Chance für die Landwirtschaftsministerin, sich endlich vom Kniefall vor den Agrarkonzernen zu erheben, das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln mit dem Wirkstoff Chlorpyrifos in Österreich umgehend zu verbieten und sich auf europäischer Ebene gegen eine weitere Zulassung des Wirkstoffes Chlorpyrifos einzusetzen.

Frau Ministerin, Sie sind den Menschen in Österreich verantwortungsvolle Entscheidungen schuldig. Den Menschen, nicht den Konzernen und Großspendern.

8.3.2019



Jetzt haben Sie es schriftlich, Frau Nachhaltigkeitsministerin!

Die Zeit der Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2018 ist ungenutzt verstrichen, der Kniefall vor Industrie und Agrarkonzernen ist zur täglichen Übung geworden, aber der EUGH sieht das anders: Studien über das Krebsrisiko des Unkrautvernichters Glyphosat müssen öffentlich gemacht werden. Die Kläger verwiesen darauf, dass das Internationale Krebsforschungszentrum im März 2015 Glyphosat als potenziell krebserregend eingestuft hatte. Ein Antrag auf Zugang zu Dokumenten im Zusammenhang mit zwei Toxizitätsstudien war von der EFSA verweigert worden.

Wo bleibt die nationale Studie zum Ausstieg aus der Glyphosatnutzung, die von Ministerin Köstinger vor mittlerweile einem Jahr zugesagt wurde? Nachhaltigkeitsministerin Köstinger versicherte auf Nachfrage im Mai 2018, dass die Studie bereits angelaufen sei. Beauftragt wurden damit die Universität für Bodenkultur und die Agentur für Ernährungssicherheit. Wo sind die Ergebnisse? Lippenbekenntnisse, sonst nichts!

Der Schutz unserer Gesundheit und Umwelt muss wichtiger sein als die Gewinninteressen der Agrarkonzerne. Weg mit dem Gift von unseren Feldern, raus mit dem Gift aus unseren Nahrungsmitteln. Ich werde nicht müde, ein bundesweites Glyphosatverbot zu fordern. In Kürze bringe ich dazu einen Antrag im Landwirtschaftsausschuss ein. Schutz der Gesundheit, Schutz der Menschen, Schutz der Bienen und der Insektenvielfalt – wir haben Verantwortung für die nächsten Generationen.

Einladung

Das Parlament ist nicht nur ein zentraler Ort der Politik. BesucherInnen können als Gäste auch live erleben, wie und wo PolitikerInnen arbeiten. Die Sitzungen des Nationalrates sind für Interessierte grundsätzlich öffentlich zugänglich.

Ich lade euch ein, das Parlament im Ersatzquartier in der Hofburg zu besuchen.

Termine der Plenarsitzungen findet ihr hier:

<https://www.parlament.gv.at/PAKT/TERM/SITZNR/>

Bei Interesse bitte eine eMail an office@erwinpreiner.at, damit wir die Verfügbarkeit von Galeriekarten zum geplanten Besuchstermin prüfen lassen können.